

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
über deren Raum 20 g
außerhalb des Bezirks
20 g bei Anstufungsver-
teilung durch die Geschäfts-
stelle 30 g extra.
Reklame-Zeile 50 g
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Falle des Abnahmevertrags
hinfallig wird.
Schluß der Anzeigen-
Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für teils. Aufträge wird
keinerlei Gewähr über-
nommen.

Nr. 173.

Neuenbürg, Donnerstag den 31. Juli 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Amstube, 30. Juli. An die Bezirksämter ist folgende Anweisung ergangen: Gegen die Befassung der Bilder der verstorbenen Fürsten, z. B. des Großherzogs Friedrich I. und des Kaisers Wilhelm I., welche sich als historische Erinnerungen darstellen, sollen keine Bedenken. Die Bilder des letzten Großherzogs können, falls sich Liebhaber hierfür finden, in angemessener Weise gegenstandslos im Benehmen mit der Bezirksbauinspektion, veräußert werden; auch läßt in Frage, die Rahmen zur Aufnahme anderer Bilder zu verwenden.

Bamberg, 29. Juli. Der Anschlag Koburgs an Bayern kann mancher als gesichert gelten. Die in Bamberg geführten Verhandlungen zwischen den Vertretern Koburgs und dem bayerischen Gesamtministerium, zu denen auch Abgeordnete aller Parteien zugegen waren, haben zu einer Vereinbarung geführt, wonach Koburg unter gewissen Bedingungen sich an Bayern anschließt. Bayern macht eine Reihe entgegenkommender Zugeständnisse bezüglich der Erhaltung der bestehenden Unterrichtsanstalten, der Gesundheit, und außer einigen kleineren Konzessionen auch bezüglich des Baues der 7 1/2 Kilometer langen Jgggrundbahn. Das Gesamtministerium Koburgs an Wäldern und Liegenschaften nach Weg der Entschädigung, die an das frühere herzogliche Haus gewährt wird, geht auf den Freistaat Bayern über. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß der bayerische Landtag seine Zustimmung zu den getroffenen Vereinbarungen geben wird.

Wiesbaden, 30. Juli. Die Sozialdemokratie hat zur dritten Lesung der Verfassungsvorlage einen Änderungsantrag eingebracht, wonach der Reichspräsident nicht von der gesamten Bevölkerung, sondern vom Reichstag gewählt werden soll.

Berlin, 30. Juli. Zwischen einer englischen Finanzgruppe und der holländischen Firma als Zwischenstelle wurde eine Abmachung mit deutschen Exporteuren und Fabrikanten über die Ausfuhr deutscher Textilzeugnisse nach England getroffen. Dies ist das erste Ergebnis der Verhandlungsmachung der Ausfuhrbeschränkungen nach England. — Die französische Regierung erteilt den Hütenwerken in Sarreguemines für mehrere Millionen Aufträge für die französische Marine. Auch England hat den Düniger Hütenwerken bedeutende Aufträge für Heereslieferungen gegeben.

Die Pfalz muß bayerisches Land bleiben.

München, 29. Juli. Das Schicksal der Pfalz ist im gestrigen Ministerrat in Anwesenheit sämtlicher Minister, die in München eingetroffen waren, und unter Heranziehung pfälzischer Abgeordneter, pfälzischer Großindustrieller und des seinerzeit von den Franzosen aus der Pfalz ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. von Winterstein eingehend beraten worden. In den Besprechungen, die geheim blieben, kam der entschlossene Wille der Regierung zum Ausdruck, daß die Pfalz bayerisches Land sein und bleiben müsse und daß das bayerische Volk mit allem Nachdruck den französischen wie auch den großhessischen Abspaltungsversuchen entgegenzutreten und eine Vastrengung der Pfalz vom Mutterlande niemals dulden werde.

Landau, 29. Juli. Eine in Edentoben bei Landau abendliche Versammlung der pfälzischen Landesserräter, die sich nicht erlaubte, ihre Tagung unter der ehrlichen Flagge des Pfälzer Landesserrates einzuberufen, ist in schamloser Weise mißglückt. Ein Aufgebot von Arbeitern und die drohende Anbahnung von Pfälzerfeiern führte diese vollkommene Mißglück der Herren aus und Gewissen herbei. Es wird gereizt werden, daß die deutsche Wacht in der Pfalz immer noch auf dem Posten steht.

Landau, 30. Juli. Nach zuverlässigen Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ wird General Gerard, der Führer der französischen Armee in der Pfalz nunmehr abberufen. Die deutsche Regierung hatte, wie vor einiger Zeit gemeldet wurde, auch die Waffenstillstandskommission in Spa die Abberufung des Generals wegen der von ihm unterstützten Vorentscheidungen in der Pfalz verlangt.

Die deutsche Nationalversammlung.

Wiesbaden, 29. Juli. Die große politische Aussprache ist heute abend zu Ende gegangen. Ursprünglich sollte über das Programm des neuen Ministeriums Bauer beraten werden; das Programm ist aber wie in einer Berlesung verschwunden und die Parteien haben sich in den leidenschaftlichen Anklagen darum gestritten, ob die deutsche Regierung vor 2 Jahren richtig oder falsch gehandelt habe. Je nach dem Standpunkt der Parteien ist die letztere Regierung, besonders unter dem Reichskanzler Michaelis, sehr befeindet worden, während auf der anderen Seite der Standpunkt der kaiserlichen Regierung als richtig dargestellt wurde. Die Anklagen über die gemachten „Entschlüsse“ von Erzberger gehen sehr weit auseinander. Die Reichsparteien in der Nationalversammlung stimmen ihm mit tosendem Beifall zu, die sozialistische Partei aber bezeichnet ihn als das größte Unglück für Deutschland. In den widerwärtigen Streit griffen Hinowatz, Michaelis, Ludendorff und Heiserlich mit Erklärungen ein, daß alle Ausführungen erregten den härtesten Widerstand bei den Reichsparteien. Als Frankreich im Jahre 1870—71 militärisch unterworfen worden war, wurde ein Sündenbuckel für die Niederlage gesetzt und auch gefunden. Früher in den Himmel gehobene Männer wurden als Stümper und Feiglinge bezeichnet und mit den härtesten Strafen belegt. Genau so verhält es sich heute in Deutschland. Es ist ungeheuer billig, nach der Enttäuschung, nach dem Zusammenbruch den Standpunkt der damaligen Regierung als verwerflich, als verbrecherisch, als weiß der Himmel wie notwendig zu brandmarken. Diese Leute herunterzureißen, weil sie nach Vertrauen hatten auf den militärischen Stand, auf die Kriegslage, auf die Durchhaltekraft, den Durchhaltewillen des Volkes, das

ist wirklich ein billiges Vergnügen. Jedenfalls sollte nicht bloß auf die englische Friedensanfrage die Anklage aufgebaut werden; es müssen jedenfalls noch andere Faktoren mitgewirkt haben, die die frühere Regierung in ihrer Stellungnahme befestigten. Nur die Veröffentlichung von weiteren Staatsdokumenten und zwar nicht bloß von deutschen, sondern auch von denen unserer Gegner, kann eine Klarheit schaffen, die nun nach dem gewaltigen Sturm der Leidenschaften auch geboten erscheint. Erst wenn auch unsere Gegner offen und ehrlich ihre Karten aufgedeckt haben werden, erst dann kann das deutsche Volk ein sicheres Urteil fällen. Von verschiedenen Seiten wurde sofort nach dem Staatsgerichtshof gerufen. Gerechte Richter werden die Anklagen rein nach sachlichen Gesichtspunkten behandeln und alle politischen Parteinäheleien ausschließen. In dieser Beziehung kann der Staatsgerichtshof nur reinigend wirken. Es war kein erhebendes Schauspiel, das die Nationalversammlung in höchster Not gegeben hat. Vor dem Ausland haben wir uns kein Ansehen erworben. Wir geben unseren Gegnern mit der schmutzigen Rohrwäsche nur neue Waffen in die Hand. Jedenfalls hätte die ganze unangenehme Sache auf eine für das deutsche Volk anständigere Art behandelt werden können. Das deutsche Parlament hat gegenwärtig doch andere und dringendere Aufgaben als nach den Urhebern uwer Schuld und Nichtschuld zu fragen. Die große Abrechnung wird von selbst kommen, ohne daß das Ausland Zeuge dieser widerwärtigen Erscheinungen zu sein braucht. Nach Schluß der Debatte wurde der Antrag angenommen, wonach die Sitzungsberichte der Nationalversammlung der Öffentlichkeit zu einem niedrigen Preise zugänglich gemacht werden sollen, und ein anderer, wonach die letzten Reden der Minister öffentlich angeschlagen werden (soll in Frankreich). Ueber ihr Mißtrauensvotum beantragten die Deutschnationalen namentliche Abstimmung. Es wurde mit 243 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Hieran sprach das Haus in einfacher Abstimmung mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie der Regierung das Vertrauen aus. Der Abg. Hausmann (D. v. P.) bemerkte hierbei zur Geschäftsordnung: Meine Freunde werden gegen den Mißtrauensantrag stimmen, halten es aber für nötig, zu betonen, daß sie sich bei dem Vertrauensantrag der Stimmen enthalten werden, da sie einjag ihre Meinung nicht zum Ausdruck bringen konnten.

Weiteres Sinken der deutschen Valuta.

Berlin, 30. Juli. Nach Meldungen aus dem neutralen Ausland hält der rapide Kurssturz der deutschen Valuta auch weiter an. In der Schweiz ist gestern die Valuta von 28 auf 20 pro Hundert gesunken. Noch größer ist der Sturz in Holland, wo jeden Tag durchschnittlich die Mark um 5 Prozent tiefer normiert als am Vortage. An der Berliner Börse wurden gestern die Verluste, die durch die Ankündigung einer Abstemmung von Banknoten der deutschen Valuta im Ausland erwachsen sind, nicht auf Millionen, sondern auf Milliarden beziffert, wenn nicht schließlich ein Stillstand der Abwärtsbewegung durch ein kategorisches Verbot der drohenden Abstemmung erfolgt.

Was kosten die politischen Streiks der Arbeiter?

Der „Vorwärts“ vom 7. Juli berichtet über eine Zusammenkunft der Mitglieder des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, soweit sie sich zur mehrheitssozialistischen Partei rechnen, nachstehendes: „Genosse Glode trat den Angriffen entgegen, die von radikaler Seite gegen die Gewerkschaftspolitik gerichtet wurden. Unter anderem ging er auf den letzten Streik der Holzarbeiter ein und zeigte, daß die Taktik der neuen Drissverwaltung (die jetzt aus unabhängigen und kommunalistischen Parteimitgliedern besteht, vgl. Red. der „Frl. Volkszeitung“) bei diesem Streik eben Schiffsbruch gelitten hat. Wäre die Lohnbewegung nach den bewährten gewerkschaftlichen Grundregeln der alten Verwaltung geführt worden, dann würden die Kollegen die geforderte Lohnzulage ohne große Opfer erreicht haben. Auch nach dem Grundgesetz der radikalen Drissverwaltung mußte ja unter allen Umständen gestreift werden, nachdem sie mit hochstehenden, von keiner Sachkenntnis beeinflussten Reden in den Verhandlungen mit den Arbeitgeberern ihre Forderungen nicht durchsetzen konnten.“

1 1/2 Millionen Mark hat der Streik gekostet.

Davon hat die Lokalkasse 1/2 Millionen zu tragen. 300 000 Mark Schulden hat die Lokalkasse infolge des Streiks bei der Hauptkasse machen müssen. Die Berliner Kollegen müssen nun diese Kosten aufbringen, und trotz dieser Opfer haben sie mit dem Streik nicht das erreicht, was sie wollten.“ Man kann die Lage des Genossen Glode verstehen. Er ist auch ein Opfer der unabhängigen und kommunalistischen Strömung innerhalb der „Freien“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung. Die Unabhängigen und Kommunisten haben Glode als Drissbeamten abgelehnt. Man muß fragen: Wie lange lassen sich die Mitglieder diesen Mißbrauch ihrer teuer verdienten Groschen gefallen?

Wien, 29. Juli. Infolge der Niederlage der Roten Armee ist die Stellung der ungarischen Pötreregierung schwer erschüttert. Heute erschien ein ungarischer Volkskommissar bei der Wiener Ententevertretung und machte den Vorschlag, man möge Verhandlungen einleiten, die den friedlichen Rückzug der Pötreregierung und die Einsetzung einer neuen Regierung in Ungarn zum Zweck hätte. Dieser Vorschlag wurde von dem Oberst Cunningham nach Paris weitergeleitet.

Ausland.

Rotterdam, 30. Juli. Wie die „Times“ melden, sei der Geheimbericht des Grafen Czernin über die hoffnungslose Lage der Mittelmächte etwa Juli 1917 dem englischen Ministerat zuge-

gangen und habe den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Danach noch mit Deutschland zu verhandeln, wäre nach des Ansicht aller Minister heller Wahnsinn gewesen.

Amsterdam, 30. Juli. Der ganze gestrige Abend war im internationalen Gewerkschaftskongress mit den Beratungen der Kommission ausgefüllt, die den Zweck hatten, die Verständigungsformel zu finden für den zwischen den deutschen und belgischen Vertretern bestehenden Konflikt.

Lugano, 30. Juli. Der Oberste Alliiertenrat beschloß schließlich Wiederaufnahme des Postverkehrs mit Deutschland, zumal da Amerika und England die Verbindungen mit Deutschland wieder hergestellt haben. Ferner besprach der Oberste Rat das Schicksal der noch vorhandenen deutschen und österreichischen Kriegsschiffe. Frankreich verlangt Verteilung, Amerika und Italien Verlenkung.

Paris, 29. Juli. Wie Europapress erzählt, hat der Rat der Vier das Gefühl, der deutsch-österreichischen Regierung um Gewährung einer Fristverlängerung von 10 Tagen zur Beratung der von der Entente gestellten Bedingungen abgelehnt.

Genf, 30. Juli. Im französischen Ministerium des Aeußeren hängt man an, sich wegen der Opposition des amerikanischen Senats gegen die Ratifizierung des Friedensvertrages zu beunruhigen.

Belgrad, 29. Juli. Als gestern nachmittags französische Truppen durch Vorn Palanka marschierten, wurden sie von bulgarischen Truppen beschossen. Es kam zu einem Feuergefecht, in welchem französische Offiziere und 20 Soldaten schwer verwundet wurden. Die Schuldigen sind verhaftet worden. Auf Anordnung Französischer Truppen wird eine französische Mission nach Bulgarien entsandt werden, um die bulgarische Armee zu entwaffnen.

Schwedens Liebeswerk.

Noch immer ist es nicht genügend bekannt, in wie großem Maße das schwedische Volk in diesem Sommer Deutschland geholfen hat. Seit Anfang Mai gehen etwa alle 2 Wochen große Transporte deutscher und österreichischer unterernährter Kinder von Berlin nach Treleborg und werden von dort aus über ganz Schweden verteilt, bis hinauf in den höchsten Norden.

Das Schwedische Rote Kreuz in Stockholm hat dies Liebeswerk aufs Beste organisiert und die Adressen von 1000 schwedischen Familien, die unsere Kinder aufnehmen wollten, festgestellt. Dann übernahm die Deutsche Wohlfahrtsstelle in Berlin die Organisation der Transporte der deutschen Kinder, denen sich die österreichischen anschlossen. In jedem Transport trat eine Abordnung des Schwedischen Roten Kreuzes aus Stockholm in Berlin ein, um die Leitung zu übernehmen.

Die Kinder, die nach Schweden gefandt wurden, gehören hauptsächlich dem Mittelstand an. Etwas die Hälfte der sämtlichen Kinder stammte aus Berlin, die übrigen aus Hamburg, Leipzig und allen anderen Gegenden Deutschlands, von Gelsenkirchen bis Herrnhut. Im ganzen gingen 4 Transporte nach Schweden, so daß mehrere tausend Kinder durch die menschenfreundliche Fürsorge unseres Nachbarvolkes vor den gefährlichen Folgen der Unterernährung bewahrt wurden. Der erste Transport wurde in Südschweden verteilt, der zweite ging höher nach Norden hinauf, der dritte brachte die Kinder in die Gegend von Göteborg und den östlich daran angrenzenden Provinzen; der letzte, der Anfang Juli abging, führte nach Stockholm und in den höchsten Norden, bis nach Westernorrland und Jemtland.

Alle diese Kinder, dazu noch die deutsch-österreichischen, baltischen und einige aus Rußland werden von Schweden nicht nur 3 bis 4 Monate ernährt und unterhalten, sondern auch vollkommen neu eingekleidet. Die Liebe, mit der das schwedische Volk unsere Kinder dort erbringt und weiterhin täglich überhäuft, ist ein Beweis von Menschlichkeit und Freundschaft, die wir den Schweden nie vergessen werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 29. Juli. (Sitzung des Gemeinderats.) Als erster Punkt der Tagesordnung gelangt die in letzter Sitzung zurückgestellte Ergänzungswahl der örtlichen Inventurbehörde nach kurzer Erläuterung über Befugnisse der Mitglieder durch den Vorsitzenden, der zu Protokoll gibt, daß er Mitglied der Inventurbehörde sein will, zur Erledigung. In geheimer Abstimmung wird Gemeinderat Titellius als ordentliches Mitglied und zu Stellvertretern die Gemeinderäte Hartmann und Hagmayer gewählt.

Ein Besuch von Hadermeister Mayer um Zumeisung von 6 Raummeter Brennholz zum Anheizen des Backofens wird entsprechend früheren Vorgängen genehmigt.

Der Vorsitzende bringt einen Erlaß der Generaldirektion der Staatseisenbahnen zur Kenntnis, wonach dem Gesuch des Gemeinderats um Früherlegung des Frühzuges 948 zwecks besserer Verbindung mit dem Nagoldtal und Stuttgart nicht entsprechen werden kann. Ob für den nächsten Fahrplan der gewünschte Anschluß hergestellt werden kann, soll noch geprüft werden. Das Kollegium nimmt mit Bedauern von diesem ablehnender, kein besonderes Entgegenkommen der Generaldirektion für die Enztalgemeinden vererbenden Bescheid Kenntnis und hofft, daß der nächste Fahrplan den einem wirklichen Bedürfnis entsprechenden Anschluß bringen werde.

Infolge Teilnahme an einem Kurs durch Stadtschultheißenamtsassistent Heiner steht ein Wechsel in Besetzung dieser Stelle bevor. Auf Ausschreiben haben sich mehrere



Bewerber gemeldet, davon als geprüfter Kandidat Assistent
Aberte von Schramberg. Für den Posten kann nur ein geprüfter
Bewerber in Betracht kommen. Nach eingehender
Erklärung durch den Vorsitzenden und nachdem sich Gemeindevorstand
Partmann in zustimmendem Sinne geäußert, wird die
Anstellung von Herrn Aberte unter Bewilligung des geforderten
Monatsgehalts von 400 Mk. ab 15. August genehmigt.
Baumeister Geiger am Straßenbau Neuburg-
Langenbrand bittet um Regulierung seines jüngst auf 500 Mk.
festgesetzten Monatsgehalts auf 580 Mk., andernfalls er
genötigt sei, einen ihm angebotenen anderen Posten zu über-
nehmen. Das Kollegium kann sich den vorgebrachten
Gründen nicht verschließen, zumal auch Stadtbaumeister
Stribel sich im Sinne des Beschäftigten äußert, und da ein
Wechsel nicht im Interesse einer geordneten Bauverwaltung
liegt, wird dem Gesuch mit Wirkung vom 1. August ds. J.
ab entsprochen.

Stadtbaumeister Stribel berichtet über die Angebote
des Schotterbetriebs-Attorns. Angebote liegen vor von
Robert Gegenheimer und Wilhelm Dieter pro Woggon
(200 Jtr.) zu 60 Mark einschließt. Ausladen aus den Eisen-
bahnhofsgebäuden. Das Kollegium erklärt sich mit der Vergabung an
die Altkonkurrenz zum geforderten Preis einverstanden.
Wegen Bezug von Schottermaterial liegen verschiedene An-
gebote zu ziemlich gleichlautenden Bedingungen vor. Es
wird beschlossen, das Angebot von Baibingen a. Erz anzu-
nehmen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die Kommission für das
Elektrizitätswerk wegen Einbau einer zweiten Turbine be-
schlossen habe, Offerte einzuholen. Die Kommission sei einig
darüber, daß der Einbau einer zweiten Turbine eine Not-
wendigkeit darstelle, nachdem man sich von einer Batterie ab-
wände und der Einbau einer Turbine einen dauernden Vorteil
biete. Es liegen Angebote vor von den Firmen Gebr. Vink,
Oberkirch, Maschinenfabrik Weislingen und J. M. Boith,
Heidenheim, die von Stadtbaumeister Stribel im einzelnen
vorgetragen und erläutert werden, woran sich eine sachliche
Ansprache schließt, an welcher sich zunächst der Vor-
tragende und Gemeindevorstand Bleich, im Verfolg der sich er-
gebenden Verhandlungsrunden außer dem Vorsitzenden
weiter Mitglieder des Kollegiums beteiligen. Als Ergebnis
dieser Aussprache kann festgestellt werden, daß das Kollegium
mit der Beschaffung einer zweiten Turbine im Prinzip einig
ist, wobei die Ansicht zu Tage tritt, daß die Rentabilität des
Werkes erst durch den Anschluß an ein größeres Werk
eine vollständige sei (voraussichtlich Teinach). Auf Grund
der vorliegenden Angebote dürften sich die endgültigen Ge-
samtkosten einer zweiten Turbine belaufen bei Lieferung
durch die Firmen Gebrüder Vink, Oberkirch und J. M. Boith,
Heidenheim, auf je 30000 Mk., bei der Maschinen-
fabrik Weislingen auf 40000 Mk. Letzteres Angebot scheidet
aus. Es wird beschlossen, den Einbau einer zweiten Turbine
mit 122 P. S. vorzunehmen, Lieferung und Einbau der
Firma J. M. Boith in Heidenheim zu übertragen und be-
züglich der Geldbeschaffung, da die Abschreibungsgelegen-
heiten nicht flüssig gemacht werden können, eine
schwäbische Schuld aufzunehmen.

Gemeindevorstand Bleich regt den Verkauf der entbehrlich
gewordenen Akkumulatorengefäße an, die man zunächst der
liefernden Firma anbieten soll und, falls diese nicht Lieb-
haberin ist, solche im Einzelverkauf abzugeben; dieselben
eignen sich vorzüglich zum Einmachen und Eindünsten. Das
Kollegium ist damit einverstanden.

Zur Teilnahme an der kommenden Sonntag in Stutt-
gart togenden 3. Hauptversammlung des württ. Landeswoh-
nungsvereins, wobei u. a. allgemein interessierenden Vorträge
über Wohnungsbürgerschaftsgesetz, über Wohnungs- und Sied-
lungsfragen u. a. stattfinden, wird auf Anregung des Vor-
sitzenden Stadtbaumeister Stribel als Vertreter der Stadt
entandt.

Ueber die planmäßige Anstellung eines dritten Polizei-
dieners ist nach eingehender Darlegung der Gründe durch den
Vorsitzenden das Kollegium der Ansicht, daß sich diese An-
stellung nicht umgehen läßt. Hilfspolizeidiener Jakob Stahl
hat diesen Posten bisher bekleidet. Nach Besprechung der
Gehaltsverhältnisse wird beschlossen, die Hilfspolizeidiener-
stelle in eine planmäßige ab 1. September ds. J. umzu-
wandeln und dieselbe zur öffentlichen Bewerbung auszuscheiden.

Vor Beratung des letzten Punktes der Tagesordnung,
Wohnungsfrage, bringt der Vorsitzende die neuen Bestim-
mungen über die Tätigkeit der A- und B-Räte zur Kennt-
nis, die am 15. Juli in Kraft treten, wodurch die früheren
Bestimmungen über die A- und B-Räte aufgehoben sind.
Zur Wohnungsfrage selbst liegt ein Antrag des A- und
B-Rats Neuburg, von dessen Vorsitzender König unter-
zeichnet, in folgender Fassung vor:

„Da die derzeitige Erledigung der Wohnungsange-
legenheiten verschiedentlich unter der Einwohnerschaft Er-
bitterung hervorruft und unter dem jetzigen System der
Wohnungsregelung niemals eine glückliche und zufrieden-
stellende Lösung der Wohnungsnot am hiesigen Platz möglich
ist, stellen wir hiermit nochmals den dringlichen Antrag betr.
Wahl einer Wohnungskommission resp. Errichtung eines
Wohnungsamts für die hiesige Stadtgemeinde. Das Wohn-
ungsamt hätte sämtliche anfallenden Arbeiten und Anträge
zu erledigen.“

In längeren Ausführungen sucht Antragsteller die
Dringlichkeit seines Antrags zu begründen, wobei er beson-
ders traffe Fälle anführt, deren Befriedigung nur durch
Schaffung eines Wohnungsamts möglich sei. Der Vorsitzende
betont, daß ihm die Wohnungsfrage sehr am Herzen liege,
er hätte schon das letzte Mal nachgewiesen, daß man auf
dem Rathaus nicht untätig in dieser Sache sei, aber seine
Versuchungen scheiterten in verschiedenen Fällen an der Ver-
leugnung des Existenz der Wohnungsnot durch die Ver-
weigerung der Mieter als auch der Vermieter. Auf die
von Antragsteller angeführten Fälle geht er in der Folge im
einzelnen ein und weist nach, daß die vorgebrachten Klagen
und Beschwerden nicht berechtigt, zum mindesten übertrieben

sind. An der Wohnungsnot könne auch ein Wohnungs-
amt nichts bessern. Des weiteren gibt er die in Sachen der
Wohnungsnot erlassenen gesetzlichen Bestimmungen be-
kannt. Die besonderen Stuttgarter Bestimmungen seien
für eine Großstadt zugeschnitten, eignen sich aber nicht
für einen kleinen Platz. Stelle man sich auf den
Standpunkt, wie ihn der Antragsteller vertritt, dann müßte
man zu den schärfsten Zwangsmaßnahmen schreiten, was für
Mieter wie Vermieter schlimme Folgen zeitige. Er sei
bereit, wie bisher nach Kräften dazu beizutragen, der Wohnungs-
not zu steuern; eine Kommission mit 4 Mitgliedern und
einem Vorsitzenden betrachte er als ein Übel, dazu gebe er
sich nicht her; er schlägt hierzu Herrn König vor.

Die Aussprache dehnt sich ins Unendliche aus, trotz
Vermittlungsvorschlägen kommt eine Einigung nicht zustande;
Gemeindevorstand Tuelius stellt einen Schlußantrag, der ange-
nommen wird dahingehend, die Angelegenheit durch Abstim-
mung in der nächsten Sitzung zu erledigen. Nach 11/2stün-
digen Hin und Wider schließt der Vorsitzende um 11 Uhr
die Sitzung.

Calmbach, 23. Juli. Bericht über die letzten Ge-
meinderatsitzungen. Schluß. 4. Verlegung der Heil-
anstalt Charlottenhöhe durch die Gemeinde Schönbach. Dieser
Antrag wird damit begründet, daß in der hiesigen Bevölkerung
die Ansicht weit verbreitet sei, daß durch die Verlegung der Heil-
anstalt Charlottenhöhe seitens der hiesigen Gemeinde die hiesigen
Einwohner zu kurz kämen. So hätten von den letzten 2 Kartoffel-
lieferungen dieser Anstalt 75 Zentner Kartoffeln gegeben werden
müssen, was von den hiesigen Leuten mit Mißfallen wahrgenom-
men worden sei. Der Vorsitzende erwidert hierauf, daß die Kar-
toffeln auf Grund besonderer Beweise des Kommunalverbandes
an die Charlottenhöhe abgegeben worden seien. Hätten wir die
Erfüllung dieser Anweisung verweigert, hätten wir umsoviel weniger
geliefert bekommen. Der Einwohnerstand ist nicht nichtig em-
pfangen. Nebenbei bemerkt, hat die Anstalt selbst etwa 80 Zent-
ner Kartoffeln weniger bekommen als sie anzusprechen hatte. Die
Ansicht, daß die Gemeindeglieder durch die Verlegung der
Charlottenhöhe seitens der hiesigen Gemeindeverwaltung benach-
teiligt würden, ist in gar nichts begründet und beruht auf Un-
kenntnis der Verhältnisse. Die Charlottenhöhe ist schon vor dem
Krieg durch die hiesigen Geschäfte versorgt worden, wodurch jähr-
lich etwa 40000 Mark diesen zufließen, ungeachtet der Einmah-
nen durch die Anstalt selbst. Bei Einführung der
Zwangswirtschaft, welche an sich die Verlegung der Charlotten-
höhe durch die Gemeinde Schönbach, auf deren Wartung sie liegt,
zur Folge gehabt hätte, hat die Verwaltung der Charlottenhöhe
mit dem Schultheißenamt hier in der Sache Rücksprache genom-
men. Sie hat dabei erklärt, daß, wenn die Schönbacher Ge-
schäftsleute sie in schwerer Zeit versorgen müßten, es ganz selbst-
verständlich sei, daß sie dann in besseren Friedenszeiten diese auch
beibehalten werde. Diesen Umständen Rechnung tragend, hat der
Ortsvorsteher, um den hiesigen Geschäftsleuten ihre bisherige Ver-
dienstmöglichkeit nicht zu entziehen, die Versorgungsgeschäfte für
die Charlottenhöhe übernommen. Neuerdings liegt die Sache fol-
gendermaßen: Die Brotversorgung ist innerhalb des Oberamts-
bezirks freiwillig gegen Karten. Die Fleischversorgung der Char-
lottenhöhe erfolgt ganz unabhängig von der Versorgung der hiesigen
Gemeinde, da sie das ihr zustehende Vieh nicht mehr durch
das Schultheißenamt, sondern durch die Bezirksfleischversorgungs-
stelle zugewiesen bekommt. Die Viehversorgung erfolgt ebenfalls
unmittelbar durch die Bezirksversorgungsstelle. Es kommen also
nur noch Fett und die in den Läden zu beziehenden Rohmaterialien
für die Versorgung durch die hiesige Gemeindeverwaltung in Be-
tracht, und da diese Waren alle ganz gleichmäßig nach der Kopf-
zahl verteilt werden, ist eine Bevorzugung der Anstalt ausge-
schlossen. Nach Erstattung dieses Vortrages wird der Antrag zur-
ückgezogen, dabei der Wunsch ausgesprochen, daß die Anstalt die
hiesigen Geschäftsleute nach Möglichkeit gleichmäßig berücksichtigen
möchte. 5. Anrechnung der Fleischarten zum vollen Nennwert.
Hierzu macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß hier in solchen
Fällen wo die Soll-Fleischmenge nicht ausgereicht werden kann,
der Nennwert der Fleischarten für die Woche gleichmäßig be-
abgeleitet wird. Auf besondere Anfrage in dieser Sache hat die
Landesfleischversorgungsstelle, Verwaltungs-Abteilung, dieses
Verfahren als richtig bezeichnet. Die Antragsteller machen get-
tend, daß die gleiche Stelle ihnen die schriftliche Mitteilung habe
zukommen lassen, daß sie zum Ausgleich für das fehlende Fleisch
von ihrer Wurstfabrik gegen abgelieferte 1000 Gramm Fleisch-
marken-Nennwert 750 Gramm Wurst erhalten können. Der Vor-
sitzende bemerkt hierzu, daß es ihm unverständlich sei, wie die
gleiche Behörde zu diesem Beschluß komme, wo sie doch genau
wissen muß, daß bei dem von ihr dem Schultheißenamt gegen-
über ausdrücklich als richtig bezeichneten Verfahren die Einfindung
von Fleischmarken zum Bezug von Wurst gar nicht möglich ist.
Nachdem aber nun einmal der Bezug von Wurst gegen Fleisch-
marken zugesichert ist, erklärt der Vorsitzende, daß er dem nicht
entgegen sein wolle und deshalb in Zukunft die Fleischmarken
zum vollen Nennwert zur Anrechnung bringen lassen werde.

6. Abwechslung in der Zuteilung des für Freibank anfallenden
Viehes an sämtliche Wehger und zwar jedesmal an 2 Wehger;
Freibankfleisch ist an Jedermann abzugeben. Hierzu führt der Vor-
sitzende aus: Die Zuteilung des Viehes ist nicht Sache der Ge-
meindebehörde, sondern der hierfür aufgestellten Bezirksviehver-
teilungskommission. Zwecks besserer bzw. gleichmäßigerer Zu-
teilung des Viehes sind die hiesigen Wehger in 2 annähernd gleich
große Gruppen geteilt, wozu das Vieh nach Verhältnis der Ge-
samtkundenzahl zugewiesen wird. Fällt ein zugewiesenes Stück
Vieh auf die Freibank so steht es der Gruppe zu, welche unter sich
bestimmt, wer das Stück ausbaut. Auf ein hiesiges Viehhalter
ein Stück nachschlagen lassen, so verbleibt das Tier zunächst sein
Eigentum. Er kann es nach den bestehenden Vorschriften ganz
oder teilweise für sich verwenden oder durch einen Wehger aus-
hauen lassen. Die Wahl des letzteren verbleibt ihm. So wurde es
schon vor dem Krieg gehalten und nach Einführung der Zwangs-
wirtschaft wurde schon mit Rücksicht auf die Viehknappheit und
das Recht des Viehhalters zum Erben einer Haut nicht geän-
dert. Gelingt es einem Wehger ein auf die Freibank verwiesenes
Tier mit Genehmigung der Bezirksfleischversorgungsstelle wieder
zu bringen, so muß doch schon aus Billigkeitsgründen diesem das
Tier zum Verkauf belassen werden. Das Freibankfleisch wird an
alle Familien, die solches verlangen gleichmäßig abgegeben, wie
auch in den Fällen, wo ein Stück für den ganzen Ort nicht zu-
reichend gleichmäßig unter den einzelnen Ortsteilen gewechselt wird
die Einwendung, daß manche ganze Rinde voll Fleisch bekämen,
andere dagegen ganz wenig oder nichts, hat ihren Grund wohl
darin, daß öfters eine Person für 5 und noch mehr Familien
Fleisch halt, was die außen Stehenden nicht wissen und sich dann
darüber aufhalten. Dieses Verfahren wurde deshalb schon das
letztmal abgelehnt und es werden Aufträge nur noch in ganz
begründeten Fällen angenommen. Beschluß: es bei den Freibank-

besw. Nachschaltungen wie früher zu lassen, da eine rechtliche
Grundlage für den Gemeinderat zu Verhandlungen nicht besteht.
Der Verkauf des Freibankfleischs soll so überwacht werden, daß
Unregelmäßigkeiten nicht vorkommen. 7. Die gewählten und nicht
gewählten Strafen innerhalb des Ortes sind bei trotzen
Witterung durch die Gemeinde zu belegen. Hierzu teilt der
Vorsitzende mit, daß ein Wagen zum Besprengen der Straßen
vorhanden und er schon vor Pfingsten dem Straßenwart entlie-
hene Weisung gegeben habe. Die bei der Gemeinde beschädi-
gten Wähler haben um Erhöhung ihres Tagelohnes auf 2,25 Mk.
für die Stunde nachgesucht. Es wurde beschlossen, denselben mit
Wirkung vom 30. Juni d. Js. an 2,10 Mark für die Stunde zu
erhöhen. Wilhelm Bött, Kaufmann hier, hat um nachträgliche
Überlassung eines Teiles der P. R. 1351-1. Dede außen im
Dorf, zur Anlage eines Gartens nachgesucht. Es wurde be-
schlossen, dem Gesuch des Bött zu entsprechen. Der Ortsvor-
steher und Gemeindepfleger werden beauftragt mit Bött und den
übrigen Anwohnern wegen Verteilung des vorhandenen Platzes
an Ort und Stelle zu verhandeln. Die erdultige Entscheidung
erfolgt nach dieser Verhandlung. Mit der Auflösung des alten
Gemeinderates ist auch die Neuwahl des Ortsvorsteherstellens
nötig geworden. Vor Aufnahme derselben wurde beschlossen,
daß derselbe künftig für seine Zeitdauer mit dem vormaligen
Tagelohn eines Gemeinderates bezahlt werden soll. Bei der ge-
heimen Abstimmung vorgenommenen Wahl erhielt Adolf Pö-
7 Stimmen, Gemeinderat Kändler 5 Stimmen. Ersterer ist
somit gewählt. Hierauf wurde die Neuwahl der 4 Mitglieder
der Steuerbehörde vorgenommen, wobei gewählt wurden die
Herrn Keppler, Rau, Dürr und Kenschler. Ferner war die
Wahl von 5 Mitgliedern des Ortsrates neu vorzunehmen.
Gewählt wurden die Herren G. R. Keppler, Kändler, E. Berg,
Strobel und Jindel. Von den Wehgermeistern Gottlieb
Hermann Seyfried, sowie Wilhelm Seyfried in der Schönbacher
straße und Frau Luise Seyfried, Witwe, ist ein Gesuch ein-
gelaufen um Festsetzung einer gleichmäßigen Kundenzahl für die
hiesigen Wehger und um Abwechslung in der Zuteilung in den
Nachschaltungen. Ueber letzteren Punkt wurde bereits nach einer
Verhandlung und erübrigt sich Weiteres. Zu dem Gesuch um Fest-
setzung einer gleichmäßigen Kundenzahl für jeden Wehger sind
der Vorsitzende aus: Die durch die oberamtliche Bestimmung am
13. Mai v. J. eingeführte Kundenliste für die Wehger ist eine
„freiwillige“. In § 4 derselben ist bestimmt, soweit es
zur Sicherung einer gleichmäßigen Verteilung des Viehes und
einer raschen Abwicklung des Viehverkehrs erforderlich erscheint, ist
die Schultheißenämter berechtigt, einzelne Haushaltungen anderen
Wehger zu weisen als denjenigen, bei denen sie eingeschrieben
sind. Hierbei ist der seitherige Umfang der Wehgerbetriebe zu
berücksichtigen. Die Voraussetzungen zu der hier vorangehenden
Maßnahme liegen hier nicht vor. Störungen oder Verzögerungen
im Fleischverkauf infolge der verschiedenen Kundenzahl sind nicht
vorgekommen seit die Kundenliste eingeführt ist. Die Kunden-
zahl der Wehger entspricht auch so ziemlich ihrem früheren Ge-
schäftsumfang, wenn man diesen ihr Gewerbesteuerkapital zu
Grunde legt. So hatte vor dem Krieg Christian Seyfried zu-
am siebenmal höheres Gewerbesteuerkapital als Hermann Sey-
fried und ein um 3 1/2 bis 4 Mal höheres als die übrigen Weh-
ger. Es liegt schon klar auf der Hand, daß das Verlangen der
Schultheißenämter in seinem Sinne gerechtfertigt ist. Ein Teil der
Befreiung hat sich schon im Juni v. J. in gleicher Sache an die
Landesfleischversorgungsstelle gewandt, welche sie nach Prüfung in
Sachlage abgewiesen hat. (Der Schriftwechsel hierüber wurde vor-
lesen.) Das Verlangen der Schultheißenämter bedeutet nichts anderes
als die Einführung einer Zwangskundenliste. Wollte eine solche
hier allein eingeführt werden, so würde das sofort die Folge
eines größeren Teiles der Einwohnerschaft nach sich ziehen. Aus
all diesen Gründen hat das Schultheißenamt eine Änderung
der Regelbestimmung nicht eintreten lassen. Trotzdem die Sache
in die Zuständigkeit des Schultheißenamts und nicht des Gemein-
rates gehört, will der Vorsitzende die Stimmung des Gemeinderats
hören, um sich u. a. danach richten zu können. Nach längerer Be-
sprechung der Sache gelangt der Gemeinderat mit überwiegender
Mehrheit zu dem Beschluß, eine Änderung des bestehenden Zu-
standes nicht anzuregen. In der Sitzung am 10. ds. Mts. er-
stattete der Vorsitzende in Sachen der Mahverpachtung an Wilhelm
Bött Bericht. Danach sind als weitere Bewerber Christian Bött,
Bahnhofswirt, um den Platz neben seinem neu erworbenen Haus
und Friedrich Kiefer, Baumunternehmer, um einen Platz zur Auf-
stellung von Maschinen aufzutreten. Mit diesen, sowie mit den
Anwohnern Egidius Wurster und Karl Loder wurde an Ort und
Stelle verhandelt. Die Plätze wurden so eingeteilt, daß Bött
einen etwa 4 Meter breiten Streifen entlang seines Hauses im
den Platz hinter demselben, daneben Wilhelm Bött einen Platz an
etwa 70 Quadratmeter, Egidius Wurster vor der Obelesse seines
Hauses einen Platz von etwa 20 Quadratmeter, links des Zugweges
zu seinem Haus etwa 50 Quadratmeter, rechts derselbe
etwa 40 Quadratmeter, und Karl Loder neben Wurster etwa 1
Quadratmeter, postweise erhalten sollen. Für Kiefer bliebe höchstens
ein Platz von etwa 60-70 Quadratmeter übrig. Nach längerer
eingehender Beratung wurde beschlossen, dem Bött und Bött be-
ihnen zugedachten Platz, dem Wurster dagegen nur den Platz zu
mittelbar vor der Obelesse seines Hauses und links des Zu-
ganges zu seinem Haus, dem Loder den seither von ihm und
Wurster benutzten Platz rechts des Weges zu überlassen. Kiefer er-
hält keinen Platz, da die Firma Gebr. Kiefer für ihre Maschinen
eigenen Platz hat. Als Pachtpreis wurde 10 J für den Quadrat-
meter festgelegt. Die Weiterführung der Viehweidung wurde
nachdem Hauptweidener Baumann diese niedergelegt hat, dem Ge-
meinderat Dürr übertragen, welcher zunächst jeden Dienstag und
Freitag nachmittags von 4-6 Uhr auf dem Rathaus die Ge-
schäfte erledigen wird. Außer einem Gemeinderatsmitglied wurden
noch verschiedene Sachen der laufenden Verwaltung erledigt. — In
der Sitzung am 26. Juli wurde die Gehaltsregelung für sämt-
liche Gemeindebeamten, Unterbeamten und Angestellte und die
Bewilligung zur Steuererhöhung an dieselben vorgenommen.
Der Gesamtaufwand durch die Erhöhung beträgt rund
13 000 Mark.

Württemberg.

Stuttgart, 30. Juli. Die Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen teilt mit: Im Zugverkehr zwischen Württemberg
und Frankfurt a. M. treten über die Hauptstrecken folgende
Veränderungen ein: Von Donnerstag, 31. Juli, an läuft
der Zug D 4 Ulm ab 2.58, Stuttgart ab 4.47, Mühlacker
ab 5.36 nachm., von Mühlacker über Bretten—Bruchsal—
Graben-Neudorf—Mannheim—Friedrichsfeld nach Frankfurt
durch Mühlacker ab 5.38 nachm., Bruchsal an 6.13 nachm.,
Mannheim an 7.12 nachm., Frankfurt a. M. an 9.00 nachm.
Die Züge D 4 Mühlacker—Rudolstadt und D 61 Forstheim—
Mühlacker verkehren vom gleichen Tag an in veränderter
Fahrplan: D 4 Mühlacker ab 5.45 nachm., Forstheim an
6.02 nachm., Rudolstadt an 6.38 nachm., D 61 Forstheim



**Bekanntmachung der Württ. Landesfuttermittelstelle,
beiz. Spreu.**

1. Laut Mitteilung der Reichsfuttermittelstelle hat die neuerrichtete Spreuverteilstelle der Reichsfuttermittelstelle für Württemberg und Hohenzollern in Stuttgart (Friedrichstraße 12, Fernsprecher 1710) die bisher den Portlandzementwerken Heidelberg und Mannheim Aktiengesellschaft in Heidelberg obliegenden Funktionen mit Wirkung vom 1. Juli 1919 an übernommen.

2. Es ist zu unserer Kenntnis gebracht worden, daß in Württemberg die unzutreffende Nachricht verbreitet worden sei, der Verkehr mit Spreu sei ab 1. Juli 1919 freigegeben worden.

Ferner ist berichtet worden, daß Firmen im Rheinland nach deren Mitteilungen fortwährend Spreu aus Württemberg ohne Vermittlung der Reichsfuttermittelstelle, also im unerlaubten Handel, beziehen.

Die Oberämter werden beauftragt, darüber zu wachen, daß die Bestimmungen über den Verkehr mit Spreu eingehalten werden, und entsprechende Bekanntmachung in den Bezirksamtsblättern zu erlassen, auch die Bahnstationen ihres Bezirks erneut darauf hinzuweisen, daß Spreusendungen, deren Frachtbriefe nicht von der Reichsfuttermittelstelle — Geschäftsabteilung — (Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte G. m. b. H. Berlin) ausgestellt sind und den Stempel des für das Oberamt aufgestellten Aufkäufers und des Oberamts tragen, nicht zur Beförderung angenommen werden dürfen. (Vergl. Verfügung des Staatskommissars für wirtschaftliche Demobilisierung über Maßnahmen zur Bänderung der Futtermittelnot vom 23. April 1919, Staatsanzeiger Nr. 91 und Rundschreiben der Landesfuttermittelstelle vom 7. Mai 1919 Nr. 15 595).

Stuttgart, den 15. Juli 1919. Sting.

Oberamt Neuenbürg.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden veranlaßt, die unverwendeten Reisebrotmarken alten Musters bis spätestens 3. August ds. Jrs. hierher einzusenden.
Den 29. Juli 1919. Fullinger.

**Landwirtschaftlicher Bezirksverein Neuenbürg.
Betreff: Gründung von Ortsvereinen.**

Die Mitglieder des landw. Vereins werden in Kenntnis gesetzt, daß der Ausbau der landwirtschaftlichen Berufsorganisation in die Wege geleitet ist, und daß die nächste Aufgabe die Gründung von landwirtschaftl. Ortsvereinen (Bauern-Verein) sein muß. Die Vereinsleitung selbst wird sich dieser Aufgabe unterziehen in den nächsten Monaten in allen Bezirksamtsgemeinden Mitglieder-Versammlungen abhalten, um die Gründung und Organisation der Ortsvereine in die Wege zu leiten.

Wir bitten die Mitglieder, der Berufsorganisation ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Bestrebungen des Vereins zu unterstützen.

Den 30. Juli 1919. Vereinsvorstand: Stells. Käbler.

**Laub- und Nadelstumpenholz-
Versteigerung.**

Die Gemeinde Schielberg Amt Cöttlingen versteigert mit Vorfrist bis 1. Oktober 1919 am **Dienstag, den 5. August 1919** 260 Ster Laub- und Nadelstumpenholz.

Ferner:
Am **Donnerstag, den 7. August 1919** mit Vorfrist bis 1. Oktober 1919

6 Stück Eichen III. Kl.	3 Stück Buchen I. Kl.
55 " " IV. " "	1 " " II. " "
371 " " V. " "	2 " " III. " "
148 " " VI. " "	9 " " IV. " "

39 Stück Bauhänger I. Kl.
15 " " " " " " II. " "
12 " " " " " " " " " "
5 " " " " " " " " " "
2 Ster eichenes Kästchholz
1 " " " " " " " " " "

Zusammenkunft ist an den genannten Tagen jeweils vormittags 9 Uhr beim Rathaus dabei.

Schielberg, den 28. Juli 1919.
Der Gemeinderat.
Becht, Bürgermeister.

Bin zurück.

Hermann Just, Dentist,
Pforzheim, Westliche 68.

Altstädter Musikhaus Ketterer
Pforzheim, Ostliche 56.

Gaststätte der Elektrischen: „Bürgerbräu“.
— Neu eröffnet. —

Schöne Lauten, Gitarren und Mandolinen
sowie sehr gute Geigen.

Spezialität: Reinklingende Saiten.
Ziehharmonikas

zu staunend billigen Preisen.

Reparaturen werden sofort erledigt.

Herrenalb, 30. Juli 1919.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meine innigstgeliebte Frau, unsere liebe, herzengute Mutter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Amalie Arntz, geb. Schwab,

nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 36 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet

der tieftrauernde Gatte **Heinrich Arntz**
mit seiner Tochter **Leny.**

Die Beerdigung findet Freitag morgen 10 Uhr statt.

Herrenalb, 30. Juli 1919.

Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe, treubesorgte, herzengute Frau, unsere liebe, gute Mutter

Anna Pfeifer,
geb. **Uchtele,**

im Alter von 57 Jahren nach kurzem, schweren Leiden Dienstag abend 10^{1/2} Uhr in Karlsruhe sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

der tieftrauernde Gatte **Franz Pfeifer**
mit Kindern Maria, Paula, Max.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4 Uhr statt.

**Neuer Preistarif
für das Friseurgewerbe.**

Die Friseure des Schwarzwaldkreises haben in ihrer in Groß abgehaltenen Versammlung den vom Landesverband vorgeschlagenen Mindestpreistarif anerkannt. Nach diesem solltet vom 1. August ab

Das Rasieren	30 Pfg.
„ Haarschneiden	70 „
„ Bartschneiden	50 „

Samstags u. Sonntags doppelte Preise für Haarschneiden.

Die vorgenannte vollständige Sonntagstarife soll von Oberamt zu Oberamt den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

**Freie Schuhmacherinnung
für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.**

Am Sonntag, den 3. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zur „Eintracht“ in Neuenbürg die vierteljährliche Versammlung

statt. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Obermeister.

Himbeeren

kauft jedes Quantum

Christian Kuenzlen,

Fruchtsaft- u. Marmeladen-Fabrik
mit Dampftrieb,

Sulzbach a. d. Murr.

Neuenbürg.

Eine noch gut erhaltene

Kinderbettlade

samt Kofft ist zu verkaufen.
Wo? sagt die „Enztäler“-
Geschäftsstelle.

Ottenshausen.
Einen Wurf schöner

Milchschweine

hat zu verkaufen
Friedrich Wolfinger.

Birkenfeld.

**Mulz- und
Fahrkuh**

nach Wahl zu verkaufen.
Huffe, Hauptstraße.

Unterniebelbach.

Eine 38 Wochen trüchtige

Mulz- u. Fahrkuh

hat zu verkaufen
Sahob Büchtele.

Salmbach.

Eine gute

Mulz- und Fahrkuh

seht entbehrlichkeitshalber dem Verkauf aus.

Wilh. Rau & Linde.

Oberlengenhardt.

Eine 36 Wochen trüchtige

Fahrkuh

seht dem Verkauf aus
Witwe Mühle.

Langenalb.

Mostfaß,

400 Liter, verkauft
W. Häfele.

„Politik u. Wahnsinn“

Betrachtungen über die
: deutsche Revolution :
von einem deutschen Arzt
nebst Anhang „Kaiser und
Volk“ aus dem Jahre 1908.
Preis 1 Mark.
Zu haben in der
G. Meck'schen Buchhandlung.

Gold

verleiht jederzeit gegen monatliche Rückzahlung reell und verschwiegen in jeder Höhe.
Näheres durch die
Enztälergeschäftsstelle.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Vom 1. September ds. J.
ab soll ein weiterer

Polizeidiener

planmäßig angestellt werden.
Anstellungsbedingungen sind
auf dem Stadtschultheißenamt
zu erfahren. Bewerber werden
aufgefordert, ihre Meldungen
binnen 8 Tagen hier einzubringen.

Stadtschultheißenamt
Neuenbürg.

Buchfrau

wird für täglich 1—2 Stunden
sofort gesucht.

**Pfannkuch & Co.,
Neuenbürg.**

Neuenbürg.
Einen

Abortstein

70/110 verkauft
Alb. Weich.

Dirsau Orl. Cohn.
Ein tüchtiger selbständiger

**Langholz-
Fuhrmann**

wird bei sehr hohem Lohn
gesucht. Derselbe kann sofort
eintreten.

**P. Nonnenmann,
„Waldborn“.**

Für einen

Weltschläger

suche **WETTERER**, ein
Frauen auf eig. Rechnung. Lohn
abz. u. hohen Verdienst ganz
prospekt gratis.
**Julius Mahler, Karlsruhe,
Leopoldstraße 38.**

Jüngeres, braves und ehrl.

Mädchen

für Haushaltungsarbeiten zum
alsbaldigen Eintritt gesucht.
Solche die auf dauernde Ein-
stellung resp. bevorzugt.
Näheres bei

**Ab. Reßler, Malermeister,
Cöttlingen, (Baden),
Friedrichstr. 4**

Ia. Wagenfett

(Friedensware) in Käbeln p.
10 Pfund Mark 9.—

Ia. Karbolinum

(Friedensware) in Fässen
hat abgegeben
**August Hoff,
Dahlingen a. F.**

Leghühner

40 St. von 1918 & 20
30 St. 6 Mon. alt & 18
20 St. 7 Mon. alt & 20
10 St. 8 Mon. alt & 25

sofort abgegeben

**Kaffeeplantagehof Wagner,
Enzweilingen (Württbg.)**

Singhefte

fürs 1. bis 3. und für 4. u.
8. Schuljahr, ebenso

Karten

von Württemberg, Baden
und Hohenzollern sind wie-
der eingetroffen.

**G. Meck'sche Buchdruckerei
Ing. D. Strom.**